## Anträge und Beschlüsse der SPD Hamburg

# Antrag 2025/II/Wi/Steu/7

## **Jusos Hamburg**

#### Führerschein für alle, nicht nur für Reiche

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die Mitglieder der SPD-
- 2 Bürgerschaftsfraktion sowie die SPD-Mitglieder des Hamburger Senats werden aufgefordert,
- 3 sich dafür einzusetzen, dass für junge Menschen unter 25 Jahren eine gesetzliche Preisbrem-
- 4 se für den Erwerb des Pkw-Führerscheins (Klasse B) eingeführt wird. Konkret fordern wir:
- 5 1. Einheitliche Preisobergrenzen für Fahrschulleistungen, um Wucherpreise bei der Führer-
- 6 scheinausbildung zu verhindern. 2. Die Preisbremse soll hamburgweit gelten und insbesondere
- 7 junge Menschen bis 25 Jahre betreffen, unabhängig vom Einkommen. 3. Die Einführung eines
- 8 Höchstpreiskatalogs für Fahrschulleistungen. 4. Fahrstundenpreise sollen bei maximal 50 €
- 9 pro Stunde gedeckelt werden.

### 10 Begründung

- 11 Der Führerschein ist in vielen Teilen Hamburgs und insbesondere im Umland eine grundlegen-
- 12 de Voraussetzung für Ausbildung, Arbeit, Familie und Ehrenamt. Insbesondere dort, wo der
- 13 ÖPNV nicht ausreichend ausgebaut ist. Gleichzeitig sind die Führerscheinkosten in den letzten
- 14 Jahren drastisch gestiegen: Fahrstunden kosten teils bis zu 80 €, die Gesamtausbildung über-
- 15 steigt nicht selten 3.000 €. Damit wird Mobilität für viele junge Menschen zum unerschwingli-
- 16 chen Luxus. Das betrifft vor allem Auszubildende, Studierende, junge Menschen in schulischer
- 17 Ausbildung sowie Freiwilligendienstleistende. Zwar gibt es für Empfänger\*innen von Bürger-
- 18 geld unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit zur Kostenübernahme durch das Jobcen-
- 19 ter. Allerdings greift das nur im Ausnahmefall, nicht für die breite Mehrheit. Der Erwerb des
- 20 Führerscheins darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Mit einer klaren, gesetzlich ver-
- 21 ankerten Preisbremse von maximal 2.300 € setzen wir uns für faire Chancen, soziale Teilhabe
- 22 und bezahlbare Mobilität ein, ohne den Fahrschulen die wirtschaftliche Grundlage zu entzie-
- 23 hen.